Professor Dr. iur. Bernhard Kempen
[redacted]

Professor Dr. iur. Wolfgang Weiß
[redacted]

Prof. Dr. Kempen · Prof. Dr. Weiß

An das
Bundesverfassungsgericht
Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

E I L T !!!

09. Oktober 2016

2 BvR 1823/16 *Huber/Bode/Kolb* u.a. wg. CETA

In dem o.g. Verfahren der Verfassungsbeschwerde wird für die Beschwerdeführer ergänzend Folgendes vorgetragen:

I. Veränderte Lage

Nach Erhebung der Verfassungsbeschwerde sind Ereignisse eingetreten, die mit Blick auf die beantragte einstweilige Anordnung eine Anpassung der bisher vorgetragenen Beschwerdebegründung erforderlich machen.

1. Mit Beschluss vom 05. 07. 2016 hatte die Kommission dem Rat unter anderem vorgeschlagen, die vollumfängliche vorläufige Anwendung von CETA zu beschließen.

COM(2016) 470 final

Diesen Vorschlag hat die Kommission durch eine neue Beschlussvorlage vom 05. 10. 2016 ersetzt.

Interinstitutional File 2016/0220 (NLE) 10974/16
(http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10974-2016-INIT/en/pdf) **Anlage 1**

Die Kommission schlägt nun nicht mehr eine vollumfängliche vorläufige Anwendung von CETA vor. Sie klammert stattdessen einige Vertragsbestimmungen von der vorläufigen Anwendung aus. Zu diesen ausgeklammerten Vertragsbestimmungen gehören unter anderem die Bestimmungen über die Investitionsgerichtsbarkeit. Außerdem soll die vorläufige Anwendung des 8. Kapitel auf ausländische Direktinvestitionen beschränkt sein.

2. Ferner liegt jetzt ein auf den 05. 10. 2016 datierter Entwurf einer Gemeinsamen Deklaration vor, die von den Vertragsparteien als ergänzendes Dokument bei der Vertragsunterzeichnung verabschiedet werden soll.

Joint Interpretative Declaration on the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada and the European Union and its Member States, final draft
(Quelle: http://www.taz.de/static/pdf/Ceta-Zusatzerklaerung.pdf)
Anlage 2

3. Am 23. 09. 2016 hat der Bundestag, gestützt auf Art. 23 Abs. 3 GG i.V.m. § 8 Abs. 4 EUZBBG, eine Stellungnahme zu den Vorschlägen der

Kommission über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des CETA beschlossen.

BT Drucks. 18/9663 vom 20. 09. 2016, **Anlage 3**

II. Anpassungen der Beschwerdebegründung

Mit Blick auf diese neue Lage ergibt sich für den Vortrag der Beschwerdeführer die Notwendigkeit folgender Anpassungen und Präzisierungen:

1. Rügen hinsichtlich des Investitionsgerichts

Das Investitionsgericht soll nach dem veränderten Vorschlag der Kommission nicht im Zuge vorläufiger Anwendung etabliert werden. Die Beschwerdeführer halten daher ihre Argumentation insoweit nicht aufrecht, als es um die vorläufige Anwendung des CETA geht.

2. Kompetenzwidrigkeit der vorläufigen Anwendung des CETA

Die Rüge der Kompetenzwidrigkeit der vorläufigen Anwendung des CETA bleibt relevant. Durch Beschränkung der vorläufigen Anwendung einiger Vertragsbestimmungen des Kapitel 8 und der zusätzlichen Beschränkung auf Direktinvestitionen entfällt die Grundlage für die Rüge einer kompetenzwidrigen Betätigung der EU nur bezogen auf die ausgeklammerten Vertragsbestimmungen. Doch soll CETA im Übrigen ohne Zustimmung des Bundestages und ohne Mitwirkung des Bundesrates vorläufig angewendet werden. Dies ergibt sich schon aus der Stellungnahme des Bundestages vom 23. 09. 2016. Ein Zustimmungsgesetz zur vorläufigen Anwendung des CETA ist nach dem Inhalt der Bundestags-Stellungnahme nicht vorgesehen.

Dies würde bedeuten, dass CETA - bereinigt um die nun ausgeklammerten Vertragsvorschriften - bis auf weiteres seine vertraglichen Bindungswirkungen für die Bundesrepublik entfalten wird. CETA würde zum völkerrechtlichen Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland, der trotz seines politischen und gesetzesbezogenen Inhalts (Art. 59 Abs. 2 GG) ohne Zustimmungsgesetz „vorläufig", das heißt für die unbestimmte Dauer eines auf mehrere Jahre angelegten Ratifikationsprozesses, Wirkung entfaltet. Diese vorläufige Anwendung des CETA kann nicht durch einseitige Erklärung der staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland beendet werden.

Selbst in dem Fall, dass im Zuge des Ratifikationsverfahrens ein deutsches Zustimmungsgesetz zum endgültigen Abschluss des CETA nicht zustande kommt, verbliebe das Recht, die vorläufige Anwendung zu beenden, ausschließlich bei der Europäischen Union. Der Bundesrepublik Deutschland bliebe nur die Möglichkeit, innerhalb der Europäischen Union, konkret: im Rat darauf hinzuwirken, dass der Rat die vorläufige Anwendung des CETA gegenüber Kanada beendet.

Die selbe Rechtslage besteht, wenn das Bundesverfassungsgericht bei Ausübung seiner verfassungsgerichtlichen Kontrolle über ein Zustimmungsgesetz zu CETA zu dem Ergebnis kommt, dass das Zustimmungsgesetz verfassungswidrig und nichtig ist. Auch dann besteht für die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland keine Möglichkeit, die vorläufige Anwendung von CETA zu beenden.

Die Ansicht, bei einem gemischten Vertrag könnten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union jeder für sich die zuvor vom Rat beschlossene und mit dem auswärtigen Vertragspartner vereinbarte vorläufige Anwendung einseitig beenden, ist schlicht unzutreffend. Das Beispiel der vorläufigen Anwendung des Protokolls zur Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Europäischen Gemeinschaft

und ihren Mitgliedstaaten andererseits illustriert anschaulich, dass die vorläufige Anwendung nur und ausschließlich durch den Rat beendet werden kann. Der Erwägungsgrund 7 des Ratsbeschlusses über die vorläufige Anwendung des o.g. Protokolls lautet:

> „Es müssen Verfahrensregelungen dafür festgelegt werden, wie darüber entschieden wird, gegebenenfalls die vorläufige Anwendung des Protokolls zu beenden und wie Maßnahmen nach Artikel 21 Absatz 5 des Abkommens in der durch das Protokoll geänderten Fassung zu fassen sind. (...)“ Beschluss 2010/465/EU des Rates vom 24. 06. 2010

Im operativen Teil des o.g. Ratsbeschlusses heißt es sodann (Artikel 1 Abs. 4):

> „Ein Beschluss über die Beendigung der vorläufigen Anwendung des Protokolls und über eine entsprechende Mitteilung an die Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 9 Absatz 2 des Protokolls sowie ein Beschluss über die Rücknahme einer solchen Mitteilung wird vom Rat im Namen der Union und der Mitgliedstaaten einstimmig im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags gefasst.“

Im Zentrum dieser Bestimmung steht nicht, *dass* der Rat diesen Beendigungs-Beschluss zu fassen hat; dies versteht sich von selbst. Regelungsinhalt der Bestimmung ist, *wie* der Rat diesen Beschluss fassen soll, nämlich einstimmig.

3. Verletzung der Verfassungsidentität in Form grundlegender Demokratieanforderungen durch die CETA-Ausschüsse

a) Die Herausnahme weiter Teile des Kapitels 8 aus der vorläufigen Anwendung betrifft zwar einige der in Kapitel 8 verankerten Ausschusszuständigkeiten. Im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes, aber nur insoweit, entfällt damit die Grundlage der Beschwerdebegründung.

Die Rüge der Identitätsverletzung bleibt aber auch für den einstweiligen Rechtsschutz weiter relevant für folgende, vorläufig in Kraft tretende (Art. 30.7 Abs. 3 lit. d CETA) vertragsändernde oder rechtsetzende Beschlusszuständigkeiten:

- Art. 2.4 Abs. 4: Zuständigkeit des Gemischten CETA Ausschusses zur Änderung des Zollanhangs
- Art. 4.7 Abs. 1 lit. f: Zuständigkeit des Gemischten CETA Ausschusses zur Änderung des Kapitel 4
- Art. 8.1 (soweit Direktinvestitionen): Zuständigkeit des Gemischten CETA Ausschusses zur Erweiterung des Begriffs „Geistiges Eigentum“
- Art. 13.16 i.V.m. Art 13.21: Zuständigkeit des Gemischten CETA Ausschusses bzw. des Sonderausschusses für Finanzdienstleistungen zur bindenden Entscheidung über die Anwendung und Einschlägigkeit von aufsichtlichen Ausnahmen
- Art. 20.22: Zuständigkeit des Gemischten CETA Ausschusses zur Änderung des Anhang 20-A zu geographischen Herkunftsangaben
- Art. 21.7 Abs. 5: Zuständigkeit eines Sonderausschusses für Maßnahmen zur Durchführung des Austauschs von Produktwarnungen
- Art. 26.1 Abs. 5 lit. e: Zuständigkeit des Gemischten CETA Ausschusses zur verbindlichen Auslegung des CETA
- Art. 30.2: Zuständigkeit des Gemischten CETA Ausschusses zur Änderung von Anhängen und Protokollen

Die Gemeinsame Deklaration (Anlage 2) enthält insoweit keinerlei Ausführungen. Insbesondere wird nicht festgestellt, dass die Ausschüsse nur unverbindliche Empfehlungen erlassen könnten. Es bleibt damit bei der Bindungswirkung der Ausschussbeschlüsse.

CETA sieht die Bindungswirkung vor in Art. 26.3 Abs. 2, ferner für die Sonderausschüsse in Art 26.2 Abs. 4, der den Terminus „Beschluss“ verwendet, in begrifflicher Abgrenzung zu „Empfehlungen“ von Ausschüssen, die es nach dem CETA auch gibt; diese begriffliche Differenzierung findet sich auch in anderen EU-Abkommen und ist für den EuGH stets Argument zugunsten der Bindungswirkung von Beschlüssen, auch wenn diese in den Abkommen nicht ausdrücklich angeordnet ist

> *N. Appel*, Das internationale Kooperationsrecht der EU, 2016, S. 212; siehe zur Bindungswirkung von Beschlüssen auch Art. 30.7 Abs. 3 lit. d CETA am Ende: „werden unwirksam“/“will cease to be effective“.

b) Unseren Schriftsatz ergänzend wird zu dem Aspekt der demokratischen Legitimation der Ausschüsse geltend gemacht, dass sich diese Problematik gerade bei Regelungsbefugnissen mit eigenem Gestaltungsspielraum für die Ausschüsse stellt. Die nach derzeitiger Lage der Dinge zu erwartende Zustimmung des Europäischen Parlaments im Rahmen der vorläufigen Anwendung des CETA genügt dafür nicht. Der Vertrag macht keine oder kaum Vorgaben für die Ausübung des Gestaltungsspielraums. In der pauschalen Befugnisübertragung etwa bei der verbindlichen Auslegung nach Art. 26.1 Abs. 5 lit. e für alle Regelungen des CETA und bei der Annahme von Durchführungsregeln nach Art 21.7 Abs. 5 CETA fehlen Leitlinien für die Ausübung der Kompetenzen und konkrete demokratische Rückkoppelungen an die Gesetzgebungsorgane der Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament.

Die unionalen Rechtsgrundlagen für die Übertragung von Zuständigkeiten auf Vertragsgremien, die in Art. 218 Abs. 9 AEUV und – bezüglich vereinfachter Änderungen – in Art. 218 Abs. 7 AEUV enthalten sind, sind stark interpretationsbedürftig. Ihr Inhalt erschließt sich nicht ohne weiteres.

Die begrenzte Tragweite des Art. 218 Abs. 9 AEUV wird deutlich in EuGH, C-73/14, Rn 65, wonach Art 218 Abs. 9 AEUV ein vereinfachtes Verfahren darstellt, das die Annahme von Akten „zur Anwendung und Durchführung [einer] Übereinkunft“ erfasst.

c) Die Rechtsgrundlage im AEUV mag durch Auslegung im Lichte verfassungsrechtlicher Demokratieanforderungen eingegrenzt werden können, doch bedarf die Union dann für die Ausübung dieser wenig bestimmten Zuständigkeit bereits im Rahmen vorläufiger Inkraftsetzung des CETA der gesetzesförmlichen Zustimmung des Bundestags wegen der Integrationsverantwortung und den Anforderungen des Bestimmtheitsgebot von Hoheitsübertragung nach Art. 23 I 2 GG. Diese liegt nicht vor und ist nicht in der vom Bundestag verabschiedeten Stellungnahme nach Art 23 Abs. 3 GG zu sehen.

Die Beschwerdeführer machen geltend, dass angesichts der Fülle von Ausschusszuständigkeiten mit erheblicher, über eine bloß technisch-administrative Durchführung – wie etwa die Festlegung von Richtergehältern nach Art 8.27 Abs. 15 CETA – hinausgehender Bedeutung, das bisherige Integrationsprogramm der EU überschritten wird und daher eine Hoheitsübertragung auf neue, bisher nicht vorgesehene Hoheitsträger gemäß Art 23 Abs. 1 Satz 3 GG durch Gesetz mit Zweidrittel-Mehrheit erfolgen müsste.

Da dies gar nicht erfolgte, läge insoweit bereits eine Verletzung grundlegender demokratischer Anforderungen bei einer unmittelbar bevorstehenden, nach Lage der Dinge am 18. 10. 2016 im Rat erfolgenden positiven Beschlussfassung über die vorläufige Anwendung des CETA vor. An diesem Verfassungsverstoß darf der deutsche Ratsvertreter nicht mitwirken.

4. Zur Folgenabwägung

Bei der im Rahmen des § 32 BVerfGG vorzunehmenden Folgenabwägung müssen zunächst die unmittelbaren rechtlichen Folgen in den Blick genommen werden. Wenn überhaupt kommt den entfernter liegenden politisch-wirtschaftlichen Folgen ein deutlich schwächeres Gewicht zu. Alles andere liefe darauf hinaus, dass verfassungsrechtlicher Rechtsschutz unter einem Vorbehalt politisch-wirtschaftlicher Opportunität steht - ein Ergebnis, das erkennbar nicht der grundgesetzlichen und verfassungsprozessualen Systematik entspräche.

a) Bei der rechtlichen Folgenbetrachtung ist zunächst und entscheidend zu beachten, dass das Verhindern der vorläufigen Anwendung des CETA nicht in einen existierenden Bestand an Rechten eingreift, sondern lediglich das Entstehen neuer Rechtsbeziehungen aufschiebt. Dieser Gesichtspunkt ist durchschlagend. Eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts würde den endgültigen Abschluss des Vertrages nicht berühren. Deshalb läge in einer solchen Anordnung auch evident keine Vorwegnahme der Hauptsache.

b) Die Folge eines verspäteten Eintretens der vertraglichen Bindungen birgt rechtlich gesehen keine Nachteile. Denn der Ratsbeschluss über die vorläufige Anordnung begründet selbst noch nicht die vorläufige Anwendung, sondern befördert allenfalls die Erwartung, dass Kanada ebenfalls die vorläufige Anwendung erklären werde. Dafür gibt es derzeit keine gesicherten Anhaltspunkte. Und selbst wenn Kanada bereits entschlossen wäre, CETA ebenfalls vorläufig anzuwenden, würde das Scheitern der vorläufigen Anwendung auf Veranlassung des deutschen Bundesverfassungsgerichts lediglich ein Hinausschieben bedeuten: Ob CETA eines Tages als völkerrechtlicher Vertrag wirksam wird, ist damit in keiner Weise präjudiziert, sondern hängt allein von der endgültigen Ratifikation durch die Vertragsparteien ab.

c) In rechtlicher Hinsicht wiegt ungleich schwerer, dass umgekehrt die Beschwerdeführer hinnehmen müssten, dass CETA ohne formal-gesetzliche Grundlage und unter Verstoß gegen die Verfassungsidentität für einen unbestimmten, mehrere Jahre währenden Zeitraum angewendet werden würde.

Dabei wiegt besonders, dass die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland keine Möglichkeit mehr hätten, die vorläufige Anwendung des Vertrages durch eigene einseitige Erklärung zu beenden (siehe oben). Gerade darin wird sichtbar, dass der Wahlbürger in seinem Recht auf demokratische Gestaltung massiv beeinträchtigt wird, sollte CETA vorläufig angewendet werden.

d) Die von der Bundesregierung geäußerten Befürchtungen, welche nachteiligen politisch-wirtschaftlich Folgen beim Erlass einer einstweiligen Anordnung einträten, sind schon vom Ansatz her irrelevant, zumal sie die viel näherliegenden rechtlichen Folgen nicht hinreichend berücksichtigen. Sie sind aber auch in der Sache viel zu wenig substantiiert und in ihren wesentlichen Begründungselementen unzutreffend.

Es gibt kaum Studien, die die ökonomischen Auswirkungen von CETA quantifizieren. Die EU-Kommission hat zwei Analysen in Auftrag gegeben, die vor Abschluss der CETA-Verhandlungen erstellt wurden (2008 und 2011).

> „Accessing the costs and benefits of a closer EU-Canada economic partnership. A Joint Study by the European Commission and the Government of Canada“ (Joint Study), 2008,
> http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/october/tradoc_141032.pdf;
> „A trade SIA relating to the negotiation of a comprehensive economic and trade agreement (CETA) between the EU and Canada (Trade 10/ B3/ B06), 2011,
> http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/september/tradoc_148201.pdf

Für ihre Berechnungen mussten die Autoren vermuten, welcher Grad der Liberalisierung durch CETA erreicht wird, und auf Grundlage dieser Annahmen ihre Modellrechnungen durchführen. Eine von der Bundesregierung oder der EU-Kommission veröffentlichte ökonomische Studie, die die Effekte von CETA für Deutschland quantifiziert, gibt es nicht.

Blickt man in die Studien der EU-Kommission, zeigt sich, dass die prognostizierten volkswirtschaftlichen Zuwächse nicht nur mit starker Unsicherheit behaftet, sondern darüber hinaus auch verschwindend gering sind. So prognostizieren die Autoren der Studien lediglich einen einmaligen Zuwachs (Niveauanhebung) des Bruttoinlandsprodukts der EU von 0,03 bis 0,08 Prozent, und dies erst nach mehreren Jahren. Selbst das könnte nur erreicht werden, wenn CETA tatsächlich zu einer starken Liberalisierung der Märkte führt, also zur Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, zu denen auch Regelungen im Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz zählen. Laut den Berechnungen von *Raza* et al.

> *Raza/Tröster/von Arnim* im Auftrag der Arbeiterkammer Wien: „CETA: Ökonomische Bewertung der prognostizierten Effekte des EU-Kanada Freihandelsabkommens“, August 2016 http://www.akeuropa.eu/_includes/mods/akeu/docs/main_report_de_418.pdf

entsprechen die Schätzungen einer einmaligen Anhebung des Jahreseinkommens von 20 Euro pro EU-Bürger. Von einer „Vielzahl ökonomischer Chancen“ kann also kaum die Rede sein.

e) In der Folgenabwägung muss von einem realistischen Bild der Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Kanada ausgegangen werden. Es trifft nicht zu, dass Kanada zu den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik Deutschland und der EU zählt.

Kanada kommt eine eher unbedeutende Rolle zu, wenn es um das Handelsvolumen mit der Europäischen Union geht. Im Jahr 2015 wurden aus der

Union Waren und Dienstleistungen im Wert von 35 Milliarden Euro nach Kanada exportiert.

> European Commission: "European Union, Trade in goods with Canada" http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113363.pdf

Das entspricht einem Anteil von lediglich zwei Prozent an den Gesamtexporten der Europäischen Union. Kanada ist somit nur Nummer 13 auf der Exportrangliste der EU. Ähnlich gering fällt der Import aus. Dieser belief sich 2015 auf einen Wert von 28 Milliarden Euro, was 1,6 Prozent des Gesamtimports der EU ausmacht.

f) Dass CETA seine - vermeintliche - Vorbildfunktion nicht erfüllen könne, die EU den Anschluss an den Welthandel verliere, die Position und das Verhandlungskapital der Bundesrepublik Deutschland gefährdet werde - alles dies könnte allenfalls dann eintreten, wenn CETA scheitert, weil eine deutsche Ratifikation nicht zustande kommt. Das bloße Hinauszögern der vertraglichen Wirkungen wird solche „Schreckensszenarien" gewiss nicht auslösen. Doch davon abgesehen erscheinen auch die einzelnen „Nachteile" nicht plausibel:

CETA setzt nach Auffassung der Beschwerdeführer falsche Maßstäbe für die Gestaltung der Globalisierung. Eine Vorbildfunktion kommt CETA nicht zu. Investoren haben nach diesem Vertrag nur Rechte und keine Pflichten. Der zunehmende Einfluss transnationaler Konzerne auf das Allgemeinwohl in den Zusammenhängen von Umwelt, globaler Erwärmung, des Finanzsektors und der öffentlichen Gesundheit wird durch CETA noch verstärkt. Vereinbarungen, die den UN Nachhaltigkeitszielen im Umwelt-, Verbraucher, Gesundheits- und Arbeitnehmerschutz dienen, bleiben im CETA unverbindlich, oder sie sind jedenfalls nicht so verbindlich wie die

übrigen Bestimmungen des Abkommens. Ein Streitschlichtungsmechanismus besteht für diese Fragen nicht.

Die Gefahr, dass die Europäische Union im Falle des Nichtzustandekommens die "Standards" anderer Akteure, z.B. der Volksrepublik China, übernehmen müsste, sind unbegründet. Technische Standards werden heute ohnehin durch grenzüberschreitende Konzernabsprachen geregelt (Kommunikation, Luftfahrt); für andere Absprachen bedarf es keines völkerrechtlichen Abkommens mit dieser Tragweite und mit derartig negativen Auswirkungen auf die demokratische Ordnung. Höhere Standards der Union im Verbraucher- und Umweltschutz haben sich bisher als Wettbewerbsvorteil, nicht als Wettbewerbsnachteil erwiesen. Die beispielhafte EU-Chemikalienverordnung "REACH", die sich explizit auf das Vorsorgeprinzip stützt, hatte sehr positive Auswirkungen auf die Stellung europäischer Chemie-Konzerne im Weltmarkt. Davon, dass ein Herauszögern der Vertragsbindungen zu nachteiligen Folgen führt, kann schlichtweg keine Rede sein.

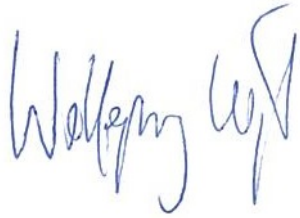
g) Bei der Folgenabwägung muss die unzutreffende Annahme, es gehe um das Durchsetzen einer Minderheitsposition, unbeachtlich bleiben. Zahlreiche Umfragen gibt es zum Handelsabkommen TTIP. Bei diesen Umfragen hat sich in den letzten eineinhalb Jahren die Meinung in der Bevölkerung deutlich geändert. Im ARD-Deutschlandtrend am 04. 05. 2016 äußerten 70 Prozent der Befragten, dass ein solches Abkommen eher Nachteile für Deutschland bringe. 17 Prozent der Befragten meinen, dass die Vorteile überwiegen. 13 Prozent äußern sich mit "weiß nicht" oder trauen sich kein Urteil zu.

> http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ttip-grosse-mehrheit-der-deutschen-sieht-freihandelsabkommen-kritisch-a-1090908.htm

Auch im Hinblick auf CETA sind die Bürger kritisch. Die Wirtschaftswoche kommt in einer aktuellen repräsentativen Umfrage zu dem Ergebnis, dass 38

Prozent der Befragten CETA ablehnen. Lediglich 18 Prozent unterstützen das Freihandelsabkommen und stellen damit die Minderheit dar.

http://www.wiwo.de/downloads/14554932/3/wiwo-umfrage.pdf



Prof. Dr. Bernhard Kempen

Professor Dr. Wolfgang Weiß

Anlage 1

Council of the
European Union

Brussels, 5 October 2016
(OR. en)

10974/16

Interinstitutional File:
2016/0220 (NLE)

WTO 196
SERVICES 21
FDI 17
CDN 13

LEGISLATIVE ACTS AND OTHER INSTRUMENTS

Subject:	COUNCIL DECISION on the provisional application of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada, of the one part, and the European Union and its Member States, of the other part

COUNCIL DECISION (EU) 2016/…

of

on the provisional application
of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)
between Canada, of the one part,
and the European Union and its Member States, of the other part

THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty on the Functioning of the European Union, and in particular Article 43(2), Article 91, Article 100(2), Article 153(2), Article 192(1) and the first subparagraph of Article 207(4), in conjunction with Article 218(5), thereof,

Having regard to the proposal from the European Commission,

Whereas:

(1) On 24 April 2009, the Council authorised the Commission to open negotiations for a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) with Canada.

(2) In accordance with Decision (EU) 2016/…[1*], the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada, of the one part, and the European Union and its Member States, of the other part, (the "Agreement") was signed on …[+].

(3) Article 30.7(3) of the Agreement provides for the possibility of provisional application of the Agreement.

(4) Parts of the Agreement falling within the competence of the Union may be applied on a provisional basis, pending the completion of the procedures for its conclusion.

---

[1] Council Decision (EU) 2016/… of …on the signing on behalf of the European Union of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada, of the one part, and the European Union and its Member States, of the other part (OJ L …).

[*] OJ: please insert the number of the Decision contained in Council document ST10972/16 and complete the publication footnote.

[+] OJ: please complete the date of signing of the Agreement [27 October 2016].

(5) Pursuant to Article 218(7) of the Treaty on the Functioning of the European Union, it is appropriate for the Council to authorise the Commission to approve modifications to Annex 20-A of the Agreement to be adopted by the CETA Joint Committee, as set out in Article 26.1 of the Agreement, on a recommendation by the CETA Committee on Geographical Indications pursuant to Article 20.22 of the Agreement.

(6) In accordance with Article 30.6(1) of the Agreement, the Agreement does not confer rights or obligations which can be directly invoked before Union or Member State courts or tribunals,

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

1. The Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada, of the one part, and the European Union and its Member States, of the other part (the "Agreement") shall be applied on a provisional basis by the Union as provided for in Article 30.7(3) thereof, pending the completion of the procedures for its conclusion, and subject to the following points:

   (a) only the following provisions of Chapter Eight of the Agreement (Investment) shall be provisionally applied, and only in so far as foreign direct investment is concerned:

   – Articles 8.1 to 8.8;

   – Article 8.13;

   – Article 8.15, with the exception of paragraph 3 thereof; and

   – Article 8.16;

(b) the following provisions of Chapter Thirteen of the Agreement (Financial Services) shall not be provisionally applied in so far as they concern portfolio investment, protection of investment or the resolution of investment disputes between investors and States:

– Paragraphs 3 and 4 of Article 13.2;

– Article 13.3 and Article 13.4;

– Article 13.9; and

– Article 13.21;

(c) the following provisions of the Agreement shall not be provisionally applied:

– Article 20.12;

– Article 27.3 and Article 27.4, to the extent that those Articles apply to administrative proceedings, review and appeal at Member State level;

– Paragraph 7 of Article 28.7;

(d) the provisional application of Chapters 22, 23 and 24 of the Agreement shall respect the allocation of competences between the Union and the Member States.

2. In order to determine the date of provisional application, the Council shall fix the date by which the notification referred to in Article 30.7(3) of the Agreement is to be sent to Canada.

3. The date from which the Agreement will be provisionally applied will be published in the *Official Journal of the European Union* by the General Secretariat of the Council.

Article 2

For the purposes of Article 20.22 of the Agreement, modifications to Annex 20-A of the Agreement through decisions of the CETA Joint Committee shall be approved by the Commission on behalf of the Union.

If an opposition is received in the framework of the examination of geographical indications carried out under paragraph 1 of Article 20.19 of the Agreement, and no agreement can be reached between the interested parties, the Commission shall adopt its position in accordance with the procedure laid down in Article 57(2) of Regulation (EU) No 1151/2012 of the European Parliament and of the Council[1].

[1] Regulation (EU) No 1151/2012 of the European Parliament and of the Council of 21 November 2012 on quality schemes for agricultural products and foodstuffs (OJ L 343, 14.12.2012, p. 1).

Article 3

This Decision shall enter into force on the day of its adoption.

Done at …,

For the Council

The President

Anlage 2

Brussels, 5 October 2016; 19.00

FINAL DRAFT
Joint Interpretative Declaration on
the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)
between Canada and the European Union and its Member States

The European Union and its Member States and Canada make the following Joint Interpretative Declaration at the time of signature of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA).

CETA embodies the shared commitment of Canada and the European Union and its Member States to free and fair trade in a vibrant and forward-looking society. It is a modern and progressive trade agreement which will help boost trade and economic activity, while also promoting and protecting our shared values and perspectives on the role of government in society.

CETA creates new opportunities for trade and investment for Europeans and Canadians, its outcome reflects the strength and depth of the EU-Canada relationship, as well as the fundamental values that we cherish. In particular, we wish to recall:

- that integration with the world economy is a source of prosperity for our citizens;
- our strong commitment to free and fair trade, whose benefits must accrue to the broadest sections of our societies;
- that the principal purpose of trade is to increase the well-being of citizens, by supporting jobs and creating sustainable economic growth;
- that Canada and the European Union and its Member States recognise the importance of the right to regulate in the public interest and have reflected it in the Agreement;
- that economic activity must take place within a framework of clear and transparent regulation defined by public authorities.

The European Union and its Member States and Canada will therefore continue to have the ability to achieve the legitimate public policy objectives that their democratic institutions set, such as public health, social services, public education, safety, environment, public morals, and the promotion and protection of cultural diversity. CETA will also not lower our respective standards and regulations related to food safety, product safety, consumer protection, health, environment or labour protection. Imported goods, service suppliers and investors must continue to respect domestic requirements, including rules and regulations.

This interpretative declaration aims to provide a clear and unambiguous statement of what Canada and the European Union and its Member States agreed in a number of CETA provisions that have been the object of public debate and concerns. This includes, in particular, the impact of CETA on the ability of governments to regulate in the public interest, as well as the provisions on investment protection and dispute resolution, and on sustainable development, labour rights and environmental protection.

Brussels, 5 October 2016; 19.00

Right to regulate

CETA preserves the ability of the European Union and its Member States and Canada to adopt and apply their own laws and regulations that regulate economic activity in the public interest, to achieve legitimate public policy objectives such as the protection and promotion of public health, social services, public education, safety, the environment, public morals, social or consumer protection and the promotion and protection of cultural diversity.

Regulatory cooperation

CETA provides Canada and the European Union and its Member States with a platform to facilitate cooperation between their regulatory authorities, with the objective of achieving better quality of regulation and more efficient use of administrative resources. This cooperation will be voluntary: regulatory authorities can cooperate on a voluntary basis but do not have an obligation to do so, or to apply the outcome of their cooperation.

Public Services

The European Union and its Member States and Canada affirm and recognise the right of governments, at all levels, to provide and support the provision of public services including in areas such as public health and education, social services and housing and the collection, purification and distribution of water.

CETA does not prevent governments from regulating the provision of these services in the public interest. CETA will not require governments to privatise any service nor prevent governments from expanding the range of services they supply to the public.

CETA will not prevent governments from providing public services previously supplied by private service suppliers or from bringing back under public control services that governments had chosen to privatise. CETA does not mean that contracting a public service to private providers makes it irreversibly part of the commercial sector.

Investment Protection

CETA includes modern rules on investment that preserve the right of governments to regulate in the public interest including when such regulations affect a foreign investment, while ensuring a high level of protection for investments and providing for fair and transparent dispute resolution. CETA will not result in foreign investors being treated more favourably than domestic investors.

CETA clarifies that governments may change their laws, regardless of whether this may negatively affect an investment or investor's expectations of profits. Furthermore, CETA clarifies that any compensation due to an investor will be based on an objective determination by the Tribunal and will not be greater than the loss suffered by the investor.

CETA includes clearly defined investment protection standards, including on fair and equitable treatment and expropriation and provides clear guidance to dispute resolution Tribunals on how these standards should be applied.

CETA requires a real economic link with the economies of Canada or the European Union in order for a firm to benefit from the agreement and prevents “shell” or “mail box” companies established in Canada or the European Union by investors of other countries from bringing claims against Canada or the European Union and its Member States. The European Union and Canada are committed to review regularly the content of the obligation to provide fair and equitable treatment, to ensure that it reflects their intentions (including as stated in this Declaration) and that it will not be interpreted in a broader manner than they intended.

In order to ensure that Tribunals in all circumstances respect the intent of the Parties as set out in the Agreement, CETA includes provisions that allow Parties to issue binding notes of interpretation. Canada and the European Union and its Member States are committed to using these provisions to avoid and correct any misinterpretation of CETA by Tribunals.

CETA moves decisively away from the traditional approach of investment dispute resolution and establishes an independent, impartial and permanent investment tribunal. The members of the Tribunal will be individuals qualified for judicial office in their respective countries, and these will be appointed by the European Union and Canada for a fixed term. Cases will be heard by three randomly selected members of the Tribunal. Strict ethical rules for these individuals have been set to ensure their independence and impartiality, the absence of conflict of interest, bias or appearance of bias.

CETA is the first agreement to include an Appeal mechanism which will allow the correction of errors and ensure the consistency of the decisions of the Tribunal of first instance.

Canada and the European Union and its Member States are committed to monitoring the operation of all these investment rules, to addressing in a timely manner any shortcomings that may emerge and to exploring ways in which to continually improve their operation over time.

Therefore, CETA represents an important and radical change in investment rules and dispute resolution that will offer a progressive path forward for future agreements around the world. It lays the basis for a multilateral effort to develop further this new approach to investment dispute resolution into a Multilateral Investment Court.

Trade and Sustainable Development

CETA reconfirms the longstanding commitment of Canada and the European Union and its Member States to sustainable development and is designed to foster the contribution of trade to this objective.

Accordingly, CETA includes comprehensive and binding commitments for the protection of workers' rights and the environment. The European Union and its Member States and Canada attach the highest priority to ensuring CETA delivers tangible outcomes in these areas, thereby maximising the benefits the agreement will bring for workers and for the environment.

Labour Protection

CETA commits Canada and the European Union and its Member States to improving their laws and policies with the goal of providing high levels of labour protection. CETA provides that they cannot relax their labour laws in order to encourage trade or attract investment. CETA does not change the rights of workers to negotiate, conclude and enforce collective agreements and to take collective action.

CETA commits the European Union and its Member States and Canada to the ratification and effective implementation of the fundamental Conventions of the International Labour Organisation (ILO). Canada has ratified seven of the fundamental Conventions and has launched the process to ratify the remaining Convention (*Right to Organise and Collective Bargaining Convention, 1949 (C98))*.

CETA also creates a framework for Canada and the European Union and its Member States to cooperate on trade-related labour issues of common interest, including through involvement of the ILO and a sustained dialogue with civil society, to ensure that CETA encourages trade in a way that benefits workers and in a manner supportive of labour protection measures.

Environmental Protection

CETA commits the European Union and its Member States and Canada to provide for and encourage high levels of environmental protection, as well as to strive to continue to improve such laws and policies and their underlying levels of protection.

CETA explicitly recognises the right of Canada and of the European Union and its Member States, to set their own environmental priorities, to establish their own levels of environmental protection and to adopt or modify their relevant laws and policies accordingly, mindful of their international obligations, including those set by multilateral environmental agreements. At the same time in CETA the European Union and its Member States and Canada have agreed not to lower levels of environmental protection in order to encourage trade or investment.

CETA includes commitments towards the sustainable management of forests, fisheries and aquaculture. It also includes commitments to cooperate on trade-related environmental issues of common interest such as climate change where the implementation of the Paris Agreement will be an important shared responsibility for the European Union and its Member States and Canada.

Review and Stakeholder Consultation

Commitments related to trade and sustainable development, trade and labour and trade and environment are subject to dedicated and binding assessment and review mechanisms. Canada and the European Union and its Member States are fully committed to make effective use of these mechanisms throughout the life of the agreement. Furthermore, they are committed to initiating an early review of these provisions, including with a view to the effective enforceability of CETA provisions on trade and labour and trade and the environment.

Stakeholders, including employers, unions, labour and business organisations and environmental groups, have a key role to play in supporting the effective implementation of CETA. The European Union and its Member States and Canada are committed to seeking regularly the advice of stakeholders to assess the implementation of CETA. They support their active involvement, including through the establishment of a CETA Civil Society Forum.

Water

CETA will not oblige Canada or the European Union and its Member States to permit the commercial use of water if they do not wish to do so. CETA fully preserves their ability to decide how to use and protect water sources. Furthermore, CETA will not prevent the reversal of a decision to allow the commercial use of water.

Brussels, 5 October 2016; 19.00

Government Procurement

CETA maintains the ability of procuring entities within the European Union and its Member States and Canada, to use environmental, social and labour-related criteria, such as the obligation to comply with and adhere to collective agreements, in procurement tenders. Canada and the European Union and its Member States will be able to use such criteria in their procurement in a way that is not discriminatory and does not constitute an unnecessary obstacle to international trade. They will be able to continue to do so under CETA.

Preferences for Canada's Aboriginal Peoples

In CETA Canada has included exceptions and carve-outs to ensure its ability to adopt measures that preserve rights and preferences for Aboriginal peoples. Canada is committed to active engagement with Indigenous partners to ensure the ongoing implementation of CETA continues to reflect their interests.

Anlage 3

Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9663**

18. Wahlperiode 20.09.2016

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits

KOM(2016) 444 endg.; Ratsdokument 10968/16

und

zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die vorläufige Anwendung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits

KOM(2016) 470 endg.; Ratsdokument 10969/16

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 8 Absatz 4 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) – Für freien und fairen Handel

Der Bundestag wolle gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes und in Wahrnehmung seiner Integrationsverantwortung beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) ist seit 2009 verhandelt worden. Die EU-Kommission hat dem Rat der Europäischen Union am 5. Juli 2016 ihre Empfehlung über die Annahme des Abkommens und die vorläufige Anwendbarkeit zugestellt.

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, CETA als gemischtes Abkommen abzuschließen. Das heißt, dass nicht alle Teile des Abkommens in die gemeinsame Handelspolitik der EU fallen, sondern teilweise in der Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten verbleiben. Damit wird es nach der Unterzeichnung von CETA im Rat einen umfassenden Ratifikationsprozess sowohl auf Ebene des Rates und des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten geben. Dabei ist größtmögliche Transparenz herzustellen.

Der Deutsche Bundestag hat sich während des Verhandlungsprozesses, u.a. in zahlreichen Plenardebatten, Ausschusssitzungen und öffentlichen Expertenanhörungen, intensiv mit dem Abkommen befasst – und wird dies auch weiterhin tun.

Kanada zählt zu den ältesten und engsten Partnern der Europäischen Union. Kanada steht europäischen und deutschen Interessen durch Geschichte und Selbstverständnis aufgeschlossen gegenüber. Das geplante Freihandelsabkommen CETA dient der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kanada. Zugleich ermöglicht CETA die Chance, Standards für künftige faire Freihandelsabkommen zu setzen.

Für Deutschland ist Kanada mit 9,9 Milliarden Euro Ausfuhrvolumen und 4,0 Milliarden Euro Einfuhrvolumen im Jahr 2015 ein wichtiger Handelspartner. CETA soll unter anderem den Marktzugang für Waren, landwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen beiderseits des Atlantiks verbessern. CETA enthält umfangreiche Vereinbarungen über Zollabbau. Insbesondere für nahezu alle Industriegüter sinkt der Zoll praktisch auf null. Durch CETA wird der Marktzugang in einigen Schlüsselsektoren ermöglicht, z. B. in den Bereichen Post, Telekommunikation und für bestimmte maritime Dienstleistungen. CETA sieht zudem eine verstärkte Zusammenarbeit zur Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse vor. Gleichfalls soll der kanadische Markt für öffentliche Beschaffungen geöffnet werden.

In CETA hat sich die EU mit Kanada bereits in zentralen Punkten geeinigt, die Maßstäbe für zukünftige Handelsabkommen setzen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich die Vertragsparteien zum Schutz der Arbeitnehmerrechte bekennen und sich verpflichten, Anstrengungen zur Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu unternehmen. Kanada hat in Aussicht gestellt, auch die Kernarbeitsnorm Nr. 8 zum Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen zu unterzeichnen. Das Verfahren zur Durchsetzung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards muss wirkungsvoll sein.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die von der Bundesregierung eingebrachten Reformvorschläge zur Schiedsgerichtsbarkeit von der EU-Kommission aufgenommen und in das Abkommen eingebracht worden sind. Im weiteren Prozess müssen unbestimmte Rechtsbegriffe geklärt werden. Der nunmehr eingeschlagene Weg zu einem öffentlichen Handelsgerichtshof ist aus europäischer Sicht unumkehrbar und muss auch bei künftigen Handelsabkommen verfolgt werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge hat höchste Bedeutung. Daher begrüßt der Deutsche Bundestag die allgemeine Schutzregel in CETA (sog. „Public utilities“-Vorbehalt) sowie weitere weitreichende spezielle Schutzregeln etwa für Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Kultur, Gesundheit oder soziale Dienstleistungen einschließlich der freien Wohlfahrtsverbände. Spielräume von Kommunen zur Organisation der Daseinsvorsorge dürfen nicht eingeschränkt und auch künftig nicht angetastet werden. Es muss im weiteren Ratifikationsprozess sichergestellt werden, dass auch zukünftig kein Druck in Richtung Liberalisierung von Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgeübt werden darf.

Hohe Umwelt- und Verbraucherstandards müssen gewährleistet bleiben. Das im europäischen Primärrecht verankerte Vorsorgeprinzip bleibt von CETA unberührt. Dies muss unmissverständlich klar gestellt werden.

Der CETA-Vertragstext betont die Wahrung der parlamentarischen Entscheidungshoheit. Die sogenannte regulatorische Kooperation darf nur auf freiwilliger Basis und ohne bindende Wirkung für die Regulierungshoheit der EU und der Mitgliedstaaten erfolgen. Dies gilt insbesondere für die Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente.

Auf Grundlage des Lissaboner Vertrags entscheiden die Mitgliedstaaten im EU-Rat auch über die vorläufige Anwendung von CETA. Die in der EU-Zuständigkeit liegenden Teile von CETA dürfen jedoch erst nach Zustimmung des Europäischen Parlaments vorläufig angewendet werden. Dies ist wichtig, um dem Abkommen eine demokratische Legitimation auf EU-Ebene zu verschaffen. Keinesfalls darf die vorläufige Anwendung in den Bereichen erfolgen, die nationalstaatliche Kompetenzen umfassen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bereitschaft der kanadischen Regierung, der Europäischen Kommission und der Bundesregierung im Rahmen des weiteren Verfahrens rechtsverbindliche Klärungen der noch offenen Fragen herbeizuführen und setzt sich gleichfalls hierfür ein.

Der Deutsche Bundestag wird im Lichte des weiteren Prozesses im Ratifizierungsverfahren abschließend über seine Zustimmung zu CETA entscheiden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf:

1. den Bundestag zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit CETA weiterhin umfassend und frühzeitig zu informieren. Der Bundestag wird die kommenden Beratungen zu CETA auf europäischer Ebene und eine ggf. vorläufige Anwendung von den in der EU-Zuständigkeit liegenden Teilen des Abkommens aktiv und intensiv begleiten. Dazu wird die Bundesregierung den Bundestag über alle Beratungsgegenstände, Vorschläge und Initiativen, die im Zusammenhang mit CETA behandelt werden, unterrichten. Bei Bedarf wird der Deutsche Bundestag von seinem Recht Gebrauch machen, zu Positionen der Europäischen Union Stellung zu

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

nehmen. Durch ein größtmögliches Maß an Transparenz wird der Deutsche Bundestag seinen Beitrag zu einer informierten öffentlichen Debatte leisten;

2. in der EU darauf hinzuwirken, dass zwischen der EU und Kanada gemeinsam getroffene Vereinbarungen zu CETA im Zuge des weiteren Prozesses in rechtsverbindlichen Erklärungen festgehalten werden;

3. im Rat durch eine Unterzeichnung von CETA als gemischtem Abkommen unter den oben genannten Maßgaben den Weg zu einem Ratifizierungsverfahren zu eröffnen und

4. durchzusetzen, dass in Abstimmung zwischen EU-Ministerrat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament Ausnahmen von der vorläufigen Anwendung vereinbart werden, wo dies aufgrund von Zuständigkeiten der EU-Mitgliedstaaten rechtlich geboten ist sowie in jedem Fall im Bereich des Investitionsschutzes (Kap. 8). Die ausgenommenen Bereiche können zur Sicherung deutscher und europäischer Interessen über die in früheren Abkommen ausgenommenen Teile hinausgehen.

Berlin, den 20. September 2016

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Thomas Oppermann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.